

Die soziale Gestaltung einer ökologischen Steuerreform? Das Beste aus mehreren Welten: Teil 2.

Das Ziel dieses Papiers ist es, die Aufkommens- und Verteilungseffekte der im Rahmen des Bereichs 'Ökosoziale Steuerreform' im Bundesfinanzgesetzes 2022 vorgestellten Maßnahmen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte zu diskutieren. Dabei sollen die Auswirkungen einer CO₂-Bepreisung in der Höhe von 30 Euro pro Tonne CO₂-Äquivalent im Jahr 2022 und die im Steuerpaket beschlossenen Entlastungsmaßnahmen simuliert werden, um zu sehen, wie sich die Be- und Entlastungen der ökologischen Steuer auf Haushalte auswirken.

In Anlehnung an einen früheren Artikel, soll die damals bearbeitete Forschungsfrage in diesem Projekt in die Gegenwart geholt werden: Was bedeutet es, wenn eine ökologische Krise sozial gestaltet werden muss? Wie kann dies im Jahr 2022 gelingen, zusätzlich zu steigender Inflation und unsicherer Energiepreisentwicklung durch internationale Kriegsverbrechen? Der benannte Artikel aus dem Jahr 2021 trug den Titel: „Die soziale Gestaltung einer ökologischen Steuerreform? Das Beste aus mehreren Welten.“ Der nun eingereichte Beitrag soll einen „Teil 2“ bieten, welcher die noch immer aktuelle Fragestellung im gegenwertigen Kontext beantwortet: wie können das (ökologische) Steuersystem und soziale Gerechtigkeit zusammengedacht werden? Die Erkenntnisse des Teils 1 können wie folgt zusammengefasst werden:

„Umweltfreundliches Verhalten zu fördern, Kostenwahrheit zu schaffen und gleichzeitig die Reform sozial gerecht zu gestalten, bedarf gut durchdachter und komplexer Politikmaßnahmen, um diese Ziele einer ökosozialen Reform zu erreichen. Da die Maßnahmen sowohl ökologisch als auch sozial sein sollen, braucht es die besten Instrumente aus beiden Welten. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Bekämpfung von Armut. Da Konsumsteuern einen regressiven Verlauf besitzen, fällt auch die Einführung einer ökologischen Steuer auf fossile Brennstoffe in der Beurteilung der Verteilungswirkungen regressiv aus. Obwohl reichere Haushalte tendenziell mehr von diesen Gütern konsumieren (mehrere Autos fahren oder in größeren Wohnungen leben), machen die Ausgaben im Bereich der privaten Mobilität und des Heizens einen geringeren Anteil am verfügbaren Einkommen aus. Somit wird deutlich, dass die Einführung einer CO₂-Steuer mit entsprechenden Maßnahmen zur Prävention sozialer Ausgrenzung erfolgen muss. Hierbei konzentrierten wir uns auf den Indikator zur Armutsgefährdung, der soziale Ausgrenzung anhand des verfügbaren Nettoäquivalenzeinkommens misst. Potentielle Rückvergütungsmechanismen betreffen vorrangig verschiedene Formen des sogenannten Ökobonus. Die besten Resultate im Bereich der Armutsbekämpfung liefert jene Form des Ökobonus, die vom äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen abhängt, da hier die Armutsgefährdungsquote am weitesten gesenkt werden kann. Da das (äquivalisierte) Haushaltseinkommen im österreichischen Steuersystem keine eigene Größe ist, gestaltet sich die Durchführung in der Praxis jedoch sehr schwierig. Um eine CO₂-Steuer möglichst sozial und nachhaltig zu gestalten, bedarf es noch zusätzlicher Maßnahmen. Um insbesondere Energiearmut vorzubeugen, könnten beispielsweise die Einführung eines bundesweiten Heizkostenzuschusses für Haushalte mit sehr geringen Einkommen oder Preissenkungen im öffentlichen Verkehr angedacht werden. Zudem müssen bestehende Strukturen durch hohe, aufeinander abgestimmte Investitionen nachhaltig verändert werden, um die langfristigen Klimaziele zu erreichen. Wichtige Bereiche wären hier etwa die Gebäudesanierung, der Tausch von Heizungssystemen und der öffentliche Verkehr. Ein besonderes Augenmerk muss hierbei wiederum auf einkommensschwächere Haushalte gelegt werden.“

Das Fazit des Teil 1 soll neu berechnet werden und mit neuen Daten aktualisiert: Wie ist es um die Armutsgefährdung bestellt? Mit welchen Problemen sehen wir uns in der konkreten Umsetzung der Steuerreform im Jahr 2022 konfrontiert. Das Papier soll Anstoß zur politischen Diskussion bieten, welche in diesem Fall unbedingt notwendig ist. Erste Teile dieser Forschung werden bereits bei der Armutskonferenz im Mai 2022 präsentiert, bei der anschließend die Erfahrung der politisch und gesellschaftlich relevanten Stakeholder zu diesem Thema für die Kontextualisierung der Präsentation am Momentum Kongress einfließen können.